

# Aus dem Hessischen Landtag

24.08.2018

Eva Goldbach MdL

Ländlicher Raum, Kommunales, Petitionen

---

## Regierungserklärung zur Kinderbetreuung

Seit dem 1. August sind in Hessen sechs Stunden Kita täglich kostenlos. So entlasten wir Eltern um bis zu 5.000 Euro pro Kind über die drei Kindergartenjahre. Gleichzeitig haben wir die Qualitätspauschale verdreifacht, die allen Kitas erlaubt eigenständig und gezielt ihre pädagogische Arbeit vor Ort zu verbessern. Im Doppelhaushalt 2018/19 werden den Kommunen



440 Millionen Euro zusätzlich zur Verfügung gestellt. Damit fließen insgesamt **1,5 Milliarden Euro** in die Kinderbetreuung, um die Beitragsfreiheit, Qualität und den Ausbau der Betreuungsplätze zu finanzieren. Der Kommunale Finanzausgleich wird gleichzeitig auf die Rekordhöhe von 4,3 Milliarden auf 5 Milliarden Euro anwachsen.

---

## Wirtschaftspolitik

Wirtschaftlich ist Hessen in der Spitzengruppe aller Bundesländer. Wir stehen bundesweit auf Platz 3 beim verfügbaren Einkommen der Haushalte. Die Arbeitslosigkeit ist auf dem niedrigsten Stand seit 37 Jahren. Die Langzeitarbeitslosigkeit ist in den vergangenen Jahren deutlich zurückgegangen. Hessen hat sich seit dem Amtsantritt des GRÜNEN



Wirtschaftsministers Tarek Al-Wazir (*Bild/HMWEVL*) sehr gut entwickelt. Bei den öffentlichen Finanzen, in der Verkehrs-, Energie- und Klimapolitik, beim Wohnungsbau und dem Breitbandausbau wurden die Weichen neu und in die richtige Richtung gestellt.

Anlass für die Debatte war ein von der Vereinigung der hessischen Unternehmerverbände (VhU) in Auftrag gegebenes [Gutachten zum Wirtschaftsstandort Hessen](#).

## Schulpolitik

Mehr Bildungs- und Chancengerechtigkeit in Hessen:  
Zu Beginn des neuen Schuljahres haben wir die Lehrerzuweisung nach Sozialindex nochmals mit 700 Sozialpädagoginnen und -pädagogen verstärkt. Das [Ganztagsschulprogramm](#) wurde ausgeweitet und für die Umsetzung von Inklusion stehen jetzt über 200 Stellen gegenüber dem vorherigen Schuljahr



zusätzlich zur Verfügung. Wir haben in dieser Legislaturperiode 4.350 zusätzliche Stellen für unsere Schulen geschaffen. Von den zusätzlichen Stellen sind über 1.500 in die Ausweitung des Ganztagsschulprogramms geflossen. Wir haben den Umfang des Ganztagsschulprogramms gegenüber dem Schuljahr 2013/14 fast verdoppelt – auf rund 3.000 Stellen. Für den gemeinsamen, inklusiven Unterricht von Schülerinnen und Schülern mit und ohne Behinderungen stehen in diesem Schuljahr 900 Stellen (insg. 2.600) mehr zur Verfügung als 2013/14 (rund 1.700). Als nächstes wollen unsere Schulen durch zusätzliche Verwaltungskräfte unterstützen.

## Klimaschutz mit Plan

Die Klimakrise hat katastrophale Folgen - auch für Hessen. Ministerin Priska Hinz hat einen ambitionierten [Klimaschutzplan](#) vorgelegt, mit dem Hessen bis 2050 klimaneutral sein soll. Der Integrierte Klimaschutzplan enthält 140 konkrete Schritte, die alle Bereiche unseres alltäglichen Lebens in den Blick nehmen. Zusätzlich fordern wir GRÜNE den Bund auf, eine CO<sub>2</sub>-Bremsen im



Grundgesetz aufzunehmen. Außerdem müssen wir in der Dürre- und Hitzeperiode die Landwirtschaft unterstützen. Hierzu hat das HMUKLV einen [Neun-Punkte-Plan mit kurzfristigen Hilfen](#) vorgelegt. Flächen, die sonst für den Umweltschutz vorgehalten werden, können zum Futteranbau genutzt werden. Zusätzlich gibt es Steuererleichterungen und eine **Zehn-Millionen-Hilfe aus dem Landeshaushalt** für geschädigte landwirtschaftliche Betriebe.

## Bürgerbusse

Bürgerbusse sind eine gute Ergänzung zur **Mobilität im ländlichen Raum**. Sie werden nicht von Verkehrsunternehmen, sondern ehrenamtlich von Bürgern für Bürger, von der Kommune oder Vereinen betrieben. Im Bürgerbus-Programm des Landes stehen 2018 und 2019 jeweils **1,2 Millionen Euro** bereit, damit können rund 60 Fahrzeuge angeschafft werden. Minister Al-Wazir hat kürzlich im mittelhessischen Rabenau den ersten Bürgerbus übergeben.



Initiativen, Gruppen, Vereine und Kommunen, die ein Bürgerbus-Angebot planen, können sich über die [Webseite der Landesstiftung](#) zur Aufnahme in das Förderprogramm anmelden.

## Friedhofs- und Bestattungsgesetz

Mit dem neuen Friedhofs- und Bestattungsgesetz wird unter anderem die Beisetzung totgeborener Kinder neu geregelt. Während bislang die Bestattungspflicht in Hessen über das Alter geregelt war und ab dem sechsten Monat galt, soll künftig ein Gewicht ab 500 Gramm oder das Erreichen der 24-ten Schwangerschaftswoche entscheidend sein. Schon jetzt ist eine Bestattung auch jüngerer sogenannter **Sternenkinder** möglich, wenn die Eltern das wünschen.



Das überarbeitete Gesetz sieht schärfere Regeln bei der **Leichenschau** vor. Unter anderem muss die zweite Leichenschau, die vor einer Einäscherung vorgeschrieben ist, künftig im Regelfall von rechtsmedizinischen Instituten durchgeführt werden.

Außerdem können Kommunen **Grabsteine aus Kinderarbeit verbieten**. Das Gesetz tritt am 01. März 2019 in Kraft.

Weitere Änderungen im Personenstandsrecht, bei der Leichenschau und der Urnenbeisetzung finden Sie [hier](#).

## Novellierung Brand-und Katastrophenschutz-Gesetz

Die Feststellung des Katastrophenfalls durch die untere Katastrophenschutzbehörde, also dem Landkreis oder der kreisfreien Stadt, soll zukünftig mit Zustimmung Innenministeriums als oberster Katastrophenschutzbehörde erfolgen. Eine Eilfall-Regelung ermöglicht es den Landkreisen und Städten, im Einzelfall und bei Gefahr im Verzug ohne das Einvernehmen mit der obersten Katastrophenschutzbehörde den Katastrophenfall aufzurufen.



Mit der Änderung des HBKG wird es Gemeinden von nun an möglich sein, ihre Gemeindebrandinspektoren auch hauptamtlich zu beschäftigen. Bisher war das Amt des Gemeindebrandinspektors rein ehrenamtlich zu bekleiden. Voraussetzung für die konkrete Bestellung einer hauptamtlichen Kraft durch den Gemeindevorstand ist allerdings die Zustimmung der Mehrheit der aktiven ehrenamtlichen Feuerwehrangehörigen. Damit wird das Demokratieprinzip in den Feuerwehren gewahrt.

[Mehr Infos hier.](#)

## Verkehrswende

Wir GRÜNE stehen für weitere Fortschritte in der Verkehrswende. Wir haben seit 2014 bewiesen, dass wir solche Vorhaben auch umsetzen können: mit dem bundesweit einmaligen Schülerticket, dem Landesticket als Teil der Tarifeinigung, der Rekordfinanzierung für die drei hessischen Verkehrsverbünde und konkreten Schritten für den künftigen Schienen-Ring wie der Regionaltangente West. Wir wollen klimaschonende moderne Mobilität für alle - mit möglichst wenig Lärm und Abgasen, Staus und Verspätungen.



Meinen Redebeitrag können Sie [hier](#) sehen und hören.



## Landesentwicklungsplan - Mindestabstand bei Stromtrassen

Für den Erfolg der Energiewende ist auch ein Netzausbau nötig. Die Stromtrasse [Ultranet](#) soll auf der bestehenden Wechselstromtrasse geführt werden. Wir fordern dort Verschwenkungen – Umleitungen der bestehenden Stromtrassen – wo die aktuelle Trasse nahe an Wohnsiedlungen liegt oder sogar über die Dächer der Häuser führt. Wir wollen einen großen Planungskorridor. Dort, wo 400 Meter Abstand möglich sind, sollte man sie auch möglich machen. Der Ausbau muss verträglich für die Region und die Menschen sein.



Der [Landesentwicklungsplan](#) ist ein strategisches Planungsinstrument zur räumlichen Entwicklung des Landes und verbindliche Vorgabe für die Regionalplanung.

## NSU-Untersuchungsausschuss

Wir gedenken der Menschen, die vom NSU ermordet wurde. Ihren Angehörigen gilt unser tiefes Mitgefühl. Der NSU-Untersuchungsausschuss des Landtages, dessen Abschlussbericht im Plenum beraten wurde, hat eine wichtige Arbeit geleistet. Wir haben tiefe Einblicke in die Arbeit der Sicherheitsbehörden gewonnen, die für unsere Parlamentsarbeit und für politische Entscheidungen zur Arbeit und Organisation der Sicherheitsbehörden von großem Wert sind. Es war eine richtige Entscheidung, diesen Ausschuss einzusetzen. Der Bericht benennt klar und deutlich, dass es Versäumnisse der Sicherheitsbehörden gab. Der rassistische Mord in Kassel und die rechtsterroristische Serie, zu der er gehört, zählen zu den schrecklichsten Ereignissen in der jüngeren deutschen Geschichte. Solche Taten dürfen sich nicht wiederholen. Dazu gehört es, die Arbeit der Sicherheitsbehörden, ihre Zusammenarbeit, Transparenz und Analysefähigkeit weiter zu verbessern.



## KURZ NOTIERT:

### WAHLKAMPF



Wir setzen im Wahlkampf auf Vernunft, Leidenschaft und viele GRÜNE Inhalte. Wir haben Ideen für die Zukunft, wir wissen, wie wir sie umsetzen können, und es macht uns Spaß, Hessen zu gestalten – das haben wir als treibende Kraft in der Landesregierung gezeigt. Um etwas zu verändern, braucht Hessen starke GRÜNE: Je besser wir abschneiden, desto wahrscheinlicher ist es, dass es in Hessen eine Alternative zu einer großen Koalition gibt.

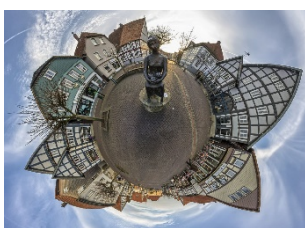
Das Wahlprogramm der hessischen GRÜNEN finden Sie [hier](#) und [hier](#) geht's zu den **Plakatmotiven**.

### BAUTECHNIKER IM HLT



Studierende der Staatlichen Technikakademie Alsfeld besuchten im Rahmen des Politikunterrichts den Hessischen Landtag in Wiesbaden. Nach einer Einführung zur Zusammensetzung und Arbeit des Parlaments konnten die 22 Studierenden des 1. Semesters von der Besuchertribüne aus eine Plenarsitzung verfolgen. Anschließend führten sie ein ausführliches Gespräch mit den Landtagsabgeordneten des Vogelsbergkreises Eva Goldbach (GRÜNE) und Kurt Wiegel (CDU). Lesen Sie den [vollständigen Bericht hier](#).

### FÖRDERPROGRAMM LÄNDLICHER RAUM



Zentren verbessern.

Die Landesregierung unterstützt engagierte Dörfer mit dem [Förderprogramm „Starkes Dorf – Wir machen mit!“](#) mit jährlich 150.000 Euro. Antragsteller können von 1.000 Euro bis zu 5.000 Euro für Aktivitäten zur Belebung ihrer Ortskerne erhalten. Gefördert werden neue Projekte, die beispielgebend den gesellschaftlichen Zusammenhalt eines Dorfes stärken, das Miteinander der Generationen fördern und die Lebens- und Aufenthaltsqualität dörflicher

### EHRENAMTS-CARD



Wir GRÜNE wollen die Ausweitung des Schülertickets und des Hessentickets für die Landesbediensteten auf weitere Bevölkerungsgruppen. Unser Ziel ist ein Bürgerticket, mit dem alle Hessinnen und Hessen zu bezahlbaren Preisen bequem Busse und Bahnen nutzen können. Das Seniorenticket sollte der nächste Schritt sein, mehr als 1,2 Millionen Menschen über 65 Jahre könnten davon profitieren. Wir begrüßen die Idee, ein solches Ticket auch für die Besitzer der Ehrenamts-Card einzuführen. Damit können nochmals rund 15.000 Menschen mehr preiswert und umweltfreundlich mobil sein.